

Wahlkompass #Vote4Future

1. Unterstützen Sie die sechs bundesweiten Forderungen von FFF?

<https://fridaysforfuture.de/forderungen/> (jeweils Ja / Nein / Enthaltung als Antwortmöglichkeiten)

Vorbemerkung: Die ambitionierten Forderungen werden von uns in ihrer Zielrichtung und als Handlungsrichtlinie begrüßt. Wir unterstützen aber auch ausdrücklich die Bemerkung in den Forderungen, dass sie sozial verträglich umgesetzt und nicht einseitig zu Lasten von Menschen mit geringem Einkommen gehen dürfen. Ob sie unter diesem Gesichtspunkt tatsächlich in den angegebenen Fristen umsetzbar sind wird sich erst bei der Erarbeitung der geforderten Konzepte herausstellen. Deshalb lassen sich die Forderungen heute nicht einfach mit Ja oder Nein bewerten.

- *Nettonull 2035 erreichen*: Es bestehen Zweifel ob das so schnell möglich ist (technische und gesellschaftliche Voraussetzungen müssen erst geschaffen werden). Deshalb sollte zunächst eine drastische Senkung der Emissionen das Ziel sein, immer die Nettonull im Blick.

- *Kohleausstieg bis 2030*: Wir stehen zum „Kohlekompromiss“ als Arbeitsgrundlage, bauen aber darauf, dass im Rahmen der vorgesehenen Überprüfungen ein Kohleausstieg deutlich vor 2038 möglich wird.

- *100 % erneuerbare Energieversorgung bis 2035*: Dies so schnell wie möglich zu erreichen wird unterstützt, aber es bestehen Zweifel ob das so schnell möglich ist (technische und gesellschaftliche Voraussetzungen müssen erst geschaffen werden). Beispielsweise gibt es große Akzeptanzprobleme beim weiteren Ausbau der Windkraft.

- *Das Ende der Subventionen für fossile Energieträger (bis Ende 2019)*: Das muss differenziert werden. Subventionen für Kohle lehnen wir ab, Gaskraftwerke als klimafreundlichere Übergangslösung könnten gefördert werden.

- *¼ der Kohlekraft abschalten (bis Ende 2019)*: Wir stehen hinter dem Kohlekompromiss, der auch die Abschaltung von Kohlekraftwerken vereinbart hat. Bis wann wie viele Kraftwerke abgeschaltet werden können hängt aber auch davon ab, ob dies rechtlich möglich ist, ob Regressleistungen für den Staat anfallen und dass die Versorgungssicherheit gewährleistet ist.

- *eine CO₂-Steuer auf alle Treibhausgasemissionen. Der Preis für den Ausstoß von Treibhausgasen muss schnell so hoch werden wie die Kosten, die dadurch uns und zukünftigen Generationen entstehen. Laut UBA sind das 180 Euro pro Tonne*: Einen Preis für Treibhausgasemissionen (sei es als Steuer oder im Rahmen des Emissionshandels) halten wir für sinnvoll. Die Höhe muss sich nach der optimalen Lenkungswirkung richten.

2. Wie würden Sie diese Forderungen landespolitisch umsetzen? (bitte in Stichworten)

Brandenburg muss seine Energiestrategie und im Zusammenhang damit klimapolitische Strategien für andere Emissionspfade überarbeiten beziehungsweise erarbeiten und so

formulieren, dass Brandenburg seinen Beitrag zur Erfüllung des Pariser Abkommens erreichen kann. Das muss dann verbindlich und abrechenbar ausgestaltet werden. Energieeinsparung, Effizienz und Technologieoffenheit spielen dabei eine wichtige Rolle. Der Tagebau Welzow-Süd II darf nicht mehr erschlossen werden.

3. Unterstützen Sie die Artenschutz-Volksinitiative des BUND Brandenburg? (Ja / Nein / Enthaltung als Antwortmöglichkeiten)

Wir begrüßen die Volksinitiative der Umweltverbände, verstehen aber auch die Sorge von Landnutzern hinsichtlich der wirtschaftlichen Folgen zusätzlicher Auflagen. Es geht darum, die Rahmenbedingungen für unsere Landwirte zu verbessern, damit eine insektenfreundlichere Landbewirtschaftung auch wirtschaftlich tragfähig ist, und den Insektenschutz in den Kommunen zu fördern. Wir setzen auf einen Dialogprozess mit einem verbindlichen und verlässlichen Ergebnis.

4. Wie wollen Sie in Bbg die Verkehrsemissionen bis 2030 um 40% reduzieren?

Wir setzen auf ein attraktives Angebot von SPNV, ÖPNV, Rad- und Fußgängerverkehr (Umweltverbund). Eine größere Attraktivität soll unter anderem durch bessere Taktzeiten, durchgängige Reiseketten und flexible Angebote in dünnbesiedelten Regionen erreicht werden. Ziel ist unter anderem ein „fahrscheinloser“ Nahverkehr. Die Stadtentwicklungspolitik soll darauf ausgerichtet sein, unnötigen Verkehr zu vermeiden und ÖPNV und Radfahren attraktiver zu machen. Güterverkehr soll stärker auf die Schiene und auf Wasserstraßen verlagert werden. Den Ausbau der E-Mobilität und anderer alternativer Antriebsformen unterstützen wir, wenn die dafür notwendige Energie aus erneuerbaren Quellen gewonnen werden kann.

5. Unterstützen Sie die Idee eines Landesklimarats unter Beteiligung von Jugendlichen?

Wir befürworten die Wiedereinrichtung eines Beirates für Nachhaltige Entwicklung, in dessen Arbeit Klimaschutz eine herausragende Rolle spielen muss. In diesen Beirat sollen dann auch Jugendvertreter*innen berufen werden.

6. Würden Sie eine Bundesratsinitiative starten, die eine Absenkung des Wahlalters für Bundestags- und EU-Wahlen auf 16 Jahre zum Ziel hat?

Ja. In Brandenburg haben wir bereits ein Wahlrecht ab 16 Jahre für die Kommunalwahlen, die Europawahlen und die Volksgesetzgebung eingeführt.

7. Wie wollen Sie Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) in den Schulen voranbringen?

BNE betrifft ja nicht nur Lerninhalte, sondern soll auch methodisch Menschen zu zukunftsfähigem Denken und Handeln befähigen. Der Landesaktionsplan Bildung für nachhaltige Entwicklung führt zahlreiche Maßnahmen für die Schule und im außerschulischen Bereich auf, die umgesetzt und fortgeschrieben werden müssen. Neben

einer Anpassung der Rahmenlehrpläne ist auch eine intensive Beratung und Qualifizierung der Schulen erforderlich. Wir unterstützen den entwicklungspolitischen Runden Tisch.